

Parteinahere Vereine beschäftigen SPÖ und ÖVP

„Wiener Kulturservice“ zahlte Verwaltungsstrafe zurück.
ÖVP löste „ProPatria“ und „Verein zur Förderung bürgerlicher Politik“ schon im Juni auf.

Wien. (apa) Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) nach dem Ibiza-Video zu parteinahen Vereinen beschäftigen SPÖ und ÖVP. Die Wiener Sozialdemokraten bestätigten am Donnerstag die Rückzahlung des „Wiener Kulturservice“ von 2409 Euro an die Kulturabteilung. Die ÖVP wiederum hat bereits zwei Vereine aufgelöst, das Aufscheinen von Gernot Blümel als ehemaliger Kassier von „ProPatria“ sei ein „Irrtum“, hieß es am Donnerstag.

Die Staatsanwaltschaft untersucht derzeit Vereine, über die Spenden an Parteien geflossen sein könnten. Bei der SPÖ finden sich zwei auf der Liste – allen voran das „Wiener Kulturservice“. Dieser Verein tritt neben der SPÖ als Mitveranstalter des Donauinselfestes auf und wird jährlich mit 1,8 Millionen Euro Fördermitteln bedacht. Damit finanziert er das Donauinselfest und andere kleine-

re Events. Laut einem Rechnungshof-Rohbericht verwendete er aber auch Gelder für Parteiwerbung.

Bei dem zurückgezählten Betrag handelt es sich allerdings nicht um Parteiwerbung, sondern um eine Verwaltungsstrafe in der Höhe von 2409 Euro. Das „Kulturservice“ hatte in den Jahren 2014 und 2015 für mehr als 200 für den Verein tätige Personen nicht überprüft, ob eine Anmeldung beim zuständigen Krankenversicherungsträger erforderlich gewesen wäre. Eine „engste Zusammenarbeit und Kooperation“ sei für die SPÖ prioritär, hieß es aus der Landespartei.

Neos gegen Förderung von Parteifesten

„Das ist ein eindeutiges Geständnis und vermutlich nur die Spitze des Eisbergs“, reagierte ÖVP-Generalsekretär Karl Nehammer auf die Rückzahlung am Donnerstag

in einer Aussendung. Er sieht das „SPÖ-Vereinsnetzwerk“ bröckeln und zeigte sich verwundert, dass nicht gegen weitere SPÖ-Vereine ermittelt wird. Die Neos forderten unterdessen überhaupt das Aus für die Förderung von Parteifesten, da es sich dabei seit Jahren um illegale Parteienfinanzierung handeln könnte.

Zwei Vereine aufgelöst hat die ÖVP schon Mitte Juni. Dabei handelt es sich zum einen um den „Heimatverein ProPatria – Für Niederösterreich“. Mehrere Mitarbeiter des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) waren dort tätig, Obmann war der ehemalige Spionageabwehr-Chef Bernhard P. Der Öffentlichkeit bekannt wurde der Verein auch im Zuge des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum BVT.

Dass der ehemalige Minister und Wiener ÖVP-Chef Gernot Blümel von 2014 bis 2016 Kassier bei

„ProPatria“ gewesen sein soll, wie es im Auszug aus dem Vereinsregister steht, kann dieser nicht nachvollziehen. Blümel sei in den Anfangszeiten des Vereins, rund um das Gründungsjahr 2004, als Student und vor seiner beruflichen Tätigkeit dort ehrenamtlich engagiert gewesen, hieß es. Jedwede spätere Aktivität „kann ausgeschlossen werden“.

Blümel: Verein hatte nichteinmal ein Konto

Neben „ProPatria“ wurde ein weiterer ÖVP-Verein aufgelöst: die Online-Plattform „Verein zur Förderung bürgerlicher Politik“. Diese sei 2016 gegründet worden, um das Image der ÖVP Wien zu verbessern, hieß es vonseiten Blümels. „Dieser Verein hatte niemals einen einzigen Cent Einnahmen. Es gibt nicht einmal ein Konto“, wies der Landespartei- chef den Verdacht möglicher illegaler Parteifinanzierung zurück. ■